



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



BILDUNGSMODULE FÜR DIE BETRIEBLICHE AUSBILDUNG
HANDREICHUNG FÜR AUSBILDER*INNEN
»ANTIRASSISMUS IN DER AUSBILDUNG«



Seiten für Ausbilder*innen



Seiten für Auszubildende

Impressum

Düsseldorf
November 2019

Herausgeber:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

E-Mail: info@gelbehand.de

www.gelbehand.de

www.facebook.de/gelbehand

Projektleitung:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion der Gesamtreihe:

Yvonne Fischer, Dr. Klaudia Tietze

Autor*innen der Broschüre:

Marco Jelic, Politikwissenschaftler am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Redakteur des Magazins „Aktiv für Chancengleichheit“ des Kumpelvereins.

Gestaltung:

Doris Busch Grafikdesign

Coverfoto:

alotofpeople / Adobe Stock

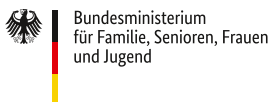
Icons:

made by Freepik from www.flaticon.com

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert von:



VORWORT

Der betriebliche Alltag ist geprägt durch die Pluralität unserer Gesellschaft. Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten arbeiten und leben hier gemeinsam. Die Zusammenarbeit wird dabei durch verschiedene Faktoren beeinflusst: sozioökonomische Bedingungen, politische und weltanschauliche Haltungen oder die kulturelle Herkunft.

Berufliche Bildung trägt diesen Bedingungen Rechnung, indem sie für ein umfassendes Bildungsverständnis eintritt. Die Kernaufgabe – die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz – wird sinnvoll ergänzt durch Maßnahmen und Angebote, die soziale Aspekte in den Blick nehmen.

Die Förderung sozialer Kompetenzen beinhaltet den demokratischen Umgang mit vielfältigen Unterschieden. Ziel ist es, einen respektvollen und wertschätzenden Umgang im Betrieb zu etablieren, sodass Ausgrenzung und Diskriminierung keinen Platz haben.

Im Rahmen des Projektes „Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt“ wurde ein modulares Bildungsangebot erstellt, das diese Aufgabe in den Blick nimmt und aktiv zur Förderung eines produktiven Umgangs mit Pluralität beitragen möchte.

Gemeinsam mit den Projektbetrieben Rheinbahn AG und Evonik Industries AG wurden drei thematische Veranstaltungen zu folgenden Themen entwickelt: Demokratiebildung, Konfliktlösungskompetenz und Antirassismus.

Zielgruppe der Bildungsangebote sind Auszubildende und Jugendliche, die sich auf eine Ausbildung vorbereiten. Die Bildungsveranstaltungen sind so aufgebaut, dass sie von Ausbilder*innen und anderen Multiplikator*innen selbstständig durchgeführt werden können. Neben der Beschreibung der Inhalte und des Ablaufs gibt es zur inhaltlichen Vertiefung zusätzlich jeweils eine Handreichung.

Folgende Bildungsmodule sind erhältlich:

- Kommunikation – Kritikfähigkeit – Konfliktlösungskompetenz (Tagesveranstaltung)
- Demokratiebildung (Tagesveranstaltung)
- Umgang mit rassistischen Sprüchen (Halbtagsveranstaltung)

Unsere Bildungsmodule sind frei zugänglich und erhältlich unter: www.gelbehand.de/aktivimbetrieb.



INHALTSVERZEICHNIS

1. Antirassismus in der Arbeitswelt – Warum?	5
2. Was ist Rassismus? Wo fängt Rassismus an?	6
2.1 Geschichte	6
2.2 Definition des heutigen Rassismus.....	7
2.3 Antimuslimischer Rassismus – Eine aktuelle Herausforderung.....	8
2.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland	9
3. Rechten Parolen entgegentreten – Handlungsmöglichkeiten für die betriebliche Praxis	11
3.1 Rhetorische und kommunikative Mittel gegen rechte Parolen	11
3.2 Rechte Sprüche inhaltlich entkräften – Gegenargumente und Fachwissen.....	14
4. Schlussbemerkung	18
5. Literaturverzeichnis	19



1. ANTIRASSISMUS IN DER ARBEITSWELT – WARUM?

Brennende Asylunterkünfte, rechte Gewalt gegen Migranten, hitzige Islam-Debatten – die Stimmung in Deutschland scheint polarisiert wie nie zuvor. Grenzen der Debattenkultur werden verschoben, Unsagbares wird sagbar. Im Bundestag sitzt eine Partei, deren Vorsitzender die NS-Zeit als „Vogelschiss“ bezeichnet.¹ In den sozialen Medien brechen Hemmschwellen weg – Hetze und Hass werden ungefiltert verbreitet.

Doch nicht erst seit 2015 ist Rassismus in Deutschland ein Thema. Schon vor 20 Jahren zeigten die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen die hässlichen und gewalttätigen Folgen von Rassismus. Und dabei ist Rassismus keineswegs nur ein ostdeutsches Problem. 10 Jahre vor Rostock-Lichtenhagen führte Günter Wallraff in seiner Reportage „Ganz unten“ der deutschen Öffentlichkeit vor Augen, mit welchen Diskriminierungen und mit welcher rassistischen Verachtung sich türkischstämmige Gastarbeiter in der damals noch geteilten Bundesrepublik konfrontiert sahen.

Nichtsdestoweniger befindet sich die deutsche Gesellschaft aktuell in einer Situation, in der es notwendiger ist denn je, sich aktiv diesen Tendenzen entgegenzustellen und Antirassismuserbeit zu leisten. Die andauernden, aufgeheizten Debatten um Flucht und Asyl, um die Rolle des Islam und die grundsätzlichen Fragen von Migration und Inte-

gration in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft scheinen den Nährboden zu bilden, in dem rassistische Thesen und Parolen in Deutschland wieder salonfähig werden.

Auch die Gewerkschaften und die Betriebe sind in der Pflicht, sich wieder stärker dem Thema zu widmen: 20 Prozent der Arbeiter*innen sowie 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben bei der Bundestagswahl 2017 die AfD gewählt.² Die allgemeine Verschiebung der Grenzen dessen, was sagbar ist, macht auch vor den Betrieben nicht halt. Der Betrieb ist kein entkoppelter Raum, sondern ein Spiegel der Gesellschaft. Er ist ein Ort, an dem Menschen aller Couleur zusammenkommen. Immerhin verbringen Angestellte und Auszubildende unter der Woche jeden Tag acht Stunden am Arbeitsplatz – mitsamt ihren jeweiligen Einstellungen, Meinungen und Haltungen. Auch deshalb ist die Ausbildung ein prädestinierter Ort für nachhaltige (Jugend-)Bildungsarbeit gegen Rassismus, für Vielfalt und für Demokratie. Diese Bildungsarbeit trägt nicht nur zu einem friedlichen und solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft bei, sondern fördert auch ein produktives und gutes Klima am Arbeitsplatz – frei von Diskriminierung.

1 Vgl. FAZ: Gauland: „Hitler nur ‚Vogelschiss‘ in der Geschichte“, in URL, www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html.

2 Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: Bundestagswahl 2017. So haben GewerkschafterInnen gewählt, online verfügbar unter: www.dgb.de/themen/++co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a, zuletzt abgerufen am 26. Januar 2019; Kolb, Matthias: Sechs Grafiken, die den Erfolg der AfD erklären, in: Süddeutsche online vom 25. September 2017, online verfügbar unter: www.sueddeutsche.de/politik/afd-bei-bundestagswahl-sechs-grafiken-die-den-erfolg-der-afd-erklaren-1.3681714, zuletzt abgerufen am 26. Januar 2019.



2. WAS IST RASSISMUS? WO FÄNGT RASSISMUS AN?

2.1. Geschichte

Die Frage nach dem Wann und Woher des Rassismus ist nicht einfach und eindeutig zu beantworten. Fakt ist: Schon in der Antike und im Mittelalter gab es Xenophobie (Xenos, ξένος: der Fremde), die Ablehnung und Abwertung des „Fremden“, des „Barbaren“, des „Anderen“, und damit den Ausschluss von Gruppen wie Sklaven und Frauen vom Zugang zu Ressourcen und Privilegien.

Der klassische biologistische Rassismus ist jedoch eine Entwicklung der neueren Geschichte. Einflussreiche Rassisten, z. B. der Franzose Arthur de Gobineau (1816–1882) und der Engländer Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), folgten dem Irrglauben, so wie Darwin die Pflanzen und Tierwelt genetisch entschlüsselt hatte, lasse sich auch die Menschheit in „Rassen“ unterteilen.³ In diesem pseudo-wissenschaftlichen Rassismus wurde den vermeintlich feststellbaren biologisch homogenen „Rassen“, die aufgrund äußerlicher Unterschiede (wie z. B. der Hautfarbe) konstruiert wurden, angebliche „Wesenszüge und Charaktereigenschaften“ zugeschrieben. Dabei wurde von einer Überlegenheit der „weißen Rasse“ ausgegangen.⁴

Der biologistische Rassismus, der sich vom biologischen Begriff der „Rasse“ ableitet, diente nicht nur einer Abwertung der anderen, sondern auch einer Aufwertung der eigenen Existenz. Diese Mechanismen der Abwertung sowie die Konstruktion eines Feindbildes dienten auch schon zu Zeiten der religiös begründeten „Reconquista“, der 1492 geendeten christlichen Rückeroberung der iberischen Halbinsel von den muslimischen Mauren, dazu, eine Ungleichbehandlung von Menschen zu legitimieren. Mit der Entdeckung der Neuen Welt im selben Jahr begann der Kolonialismus, die Eroberung und Unterwerfung anderer Erdteile durch europäische Mächte, die ihre gewaltsame Expan-

sion stets auch durch rassistische Ungleichwertigkeitsvorstellungen legitimierten.

Im 17. Jahrhundert verband sich die Bildungsidee der Aufklärung mit der kolonialen Logik. Die Überhöhung der europäischen Zivilisation („White supremacy“) ging einher mit der Etablierung einer Rassenforschung in den Humanwissenschaften, welche geeignet war, Ausbeutung und Imperialismus zu rechtfertigen. Im Zuge der expansionistischen Tendenzen des Kolonialismus unterwarfen die europäischen Nationen Millionen von Menschen. Sie betrieben Sklavenhandel und beuteten die Ressourcen der jeweiligen Länder aus.⁵

Im 19. und 20. Jahrhundert verbanden sich die rassistischen Vorstellungen immer stärker mit dem erstarkenden Nationalstaat. Die Nation, etwa Deutschland, wurde als Raum einer Gemeinschaft mit gleicher Abstammung verstanden. Gewissermaßen verband sich die Vorstellung von „Blut“ mit der Vorstellung von „Boden“, bei der man diskursiv eine rassistische, ethno-kulturelle Homogenität des auf dem Staatsterritorium lebenden Volkes konstruierte.

Dieser völkische Rassismus mündete dann zur Zeit des Faschismus in Deutschland und Italien, aber auch in anderen europäischen Ländern in einem Staatsrassismus. Häufig gegen die jüdische Bevölkerung, aber auch gegen andere Gruppen gerichtet, wurden Gesetze erlassen, die Teile der Bevölkerung aktiv aus der Gesellschaft ausschlossen. Diese Ideologie ging von einem „organischen Volkskörper“ aus, von einer „Volksgemeinschaft“, in der jede Form der „Andersartigkeit“, beispielsweise auch bezogen auf die sexuelle Orientierung, zu Ausgrenzung führte – bis hin zur extremsten Form rassistischer Gräueltaten im Nationalsozialismus.

Aber selbst nach 1945 fanden und finden sich

3 Vgl. Zuber, Johannes: Gegenwärtiger Rassismus in Deutschland. Zwischen Biologie und kultureller Identität, Göttingen 2015, S. 62–72.
4 Vgl. Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon, Bonn 2011.

5 Vgl. Mbembe, Achille: Kritik der schwarzen Vernunft, Berlin 2014, S. 110–124.



staatliche Formen des Rassismus. So trägt die „Rassentrennung“, die bis in die 1960er-Jahre in den USA galt, den Rassismus schon im Namen, und auch in Südafrika hielt sich bis in die 1990er-Jahre das rassistische Apartheidregime.

2.2 Definition des heutigen Rassismus

Die Vorstellung von menschlichen „Rassen“ ist wissenschaftlich überholt und nicht haltbar, so dass – bis auf einige Ausnahmen – selbst Rassisten sich heute nicht mehr auf biologische Rastheorien berufen.

Daher muss Rassismus heute breiter definiert werden. Der französische Soziologe Albert Memmi sieht im Rassismus die Diskriminierung von Menschen aufgrund tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum eigenen Nutzen oder zur Rechtfertigung der eigenen Aggressionen.⁶ Zentral in dieser Definition ist das darin zum Ausdruck kommende Machtverhältnis. Das heißt, dass Rassismus immer auch mit Macht, Herrschaft und Dominanz einer Gruppe gegenüber anderen zu tun hat. Der Rassismus legitimiert die Machtansprüche und sichert die Privilegien einer Gruppe mittels der Abwertung, Ausgrenzung und Stigmatisierung anderer Gruppen.

Der Rassismusforscher Stuart Hall weist darauf hin, dass Rassismus kein allgemeines Merkmal menschlicher Gesellschaften ist, sondern dass es nur historisch-spezifische Rassismen gibt.⁷ Rassismus kann sich somit an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich darstellen.

Um die gegenwärtige Situation in Deutschland zu beschreiben und zu verstehen, eignet sich die Definition des Soziologen Christoph Butterwege. Butterwege definiert Rassismus als Denken, das anhand von körperlichen oder kulturellen Merkmalen definierten Gruppen unterschiedliche Fähigkeiten und Charaktereigenschaften zuschreibt. Selbst wenn aus dieser Zuschreibung keine ge-

sellschaftliche Rangordnung folge, werde daraus die Ungleichverteilung von Ressourcen und politischen Rechten erklärt, also Privilegien bzw. der Anspruch darauf legitimiert. Die Gültigkeit universeller Menschenrechte werde dabei negiert.⁸

Insbesondere der Verweis auf den Kulturbegriff ist ein wichtiger Hinweis auf die Funktionsweise des modernen Rassismus. An die Stelle des früheren „Rasse“-Bezugs tritt heutzutage die „Kultur“, wenn beispielsweise behauptet wird, eine bestimmte „Kultur“ sei hochwertiger oder ein Angehöriger einer als homogen dargestellten und wahrgenommenen „Kultur“ habe bestimmte Eigenschaften. Der moderne Rassismus ist ein Rassismus ohne Rassen, wie es der französische Philosoph Étienne Balibar treffend beschrieb. Nicht mehr die biologische Rasse dient als Distinktionsmerkmal, sondern verstärkt die Zugehörigkeit zu einer Kultur, die, wie im Fall der Kategorisierung und Abwertung von Muslimen, beispielsweise auch über den Glauben konstruiert werden kann.

Wie und warum hat sich der Rassismus gewandelt und modernisiert? Kurze Rückblende: Schon in den 1970er-Jahren suchten Rechtsextremisten nach neuen Legitimationen, um ihre kulturelle und soziale Hegemonie zu sichern. Damals entstand der Ethnopluralismus⁹ als Konzept der „Neuen Rechten“. Dieser wird heutzutage zum Beispiel von völkisch-nationalistischen Teilen der AfD oder von der rechtsextremen Jugendgruppe „Identitäre Bewegung“ propagiert.¹⁰

Ethnopluralistische Weltbilder gehen davon aus, dass es zwar verschiedene Völker und Kulturen auf der Welt gibt, was aber nicht passieren dürfe, ist die Vermischung dieser Kulturen. Ethnopluralisten streben danach, die „Reinheit“ einer Kultur zu bewahren. Dabei wird negiert, dass Kulturen schon immer dynamischen Veränderungsprozessen unterliegen und deswegen nie homogen sind. Der Ethnopluralismus ist somit ein zutiefst ausgrenzen-

6 Vgl. Albert Memmi: Rassismus, Frankfurt a. M. 1987, S. 164.

7 Vgl. Hall, Stuart: „Rasse“, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominanz, Hamburg 1994, S. 127.

8 Vgl. Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt 1996, S. 124.

9 Der deutsche Philosoph und Rechtsintellektuelle Hennig Eichberg prägte maßgeblich dieses Theoriekonzept.

10 Vgl. Kraske, Michael: Der Code der Neuen Rechten, 11. Dezember 2016, in URL: <https://uebermedien.de/10759/der-code-der-neuen-rechten/> (zuletzt aufgerufen 22.05.2019).



des Gedankenkonstrukt, das auf politischer Ebene mit der Ablehnung jedweder Form von Migration einhergeht.

Differenzmerkmale dieses Kulturrassismus, etwa Sprache, fremd klingende Namen, Staatsangehörigkeit, Hautfarbe oder die Bezeichnung „Migrationshintergrund“, werden dazu benutzt, um jemanden als fremd zu markieren und abzuwerten. Dabei treten diese Merkmale an die Stelle der klassischen „Rasse“-Kategorie und werden gleichsam als ein determinierender Teil des menschlichen Lebens betrachtet.¹¹

2.3 Antimuslimischer Rassismus – Eine aktuelle Herausforderung

Mit Diskriminierung, Vorurteilen und Ablehnung sind in den letzten Jahrzehnten insbesondere muslimische Mitbürger*innen konfrontiert. Diese Islamfeindlichkeit in der Bundesrepublik gründet zum einen in den seit den Terroranschlägen im September 2001 negativistischen medialen und politischen Diskursen, die „den Islam“ oft im Kontext von Terrorismus pauschal als Bedrohung stilisieren, zum anderen in der über Jahre ignorierten Migrationsrealität in Deutschland. Lange Zeit behandelte die deutsche Politik Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft nach dem Abstammungsprinzip: Wer deutsche Wurzeln hatte, gehörte dazu – wer seine Wurzeln in der Türkei oder anderswo hatte, gehörte nicht dazu. Seinen Ausdruck fand und findet dieses Verständnis im Begriff des „Ausländers“. Auch wenn jemand seit Jahrzehnten in Deutschland leben kann oder sogar in Deutschland geboren wurde, wird er von manchen Menschen immer noch als „aus dem Ausland kommend“ wahrgenommen.

Lange Zeit galt die politische Losung: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Dies verhinderte zum einen bis weit in die 1990er-Jahre eine aktive Integrationspolitik, was zur Folge hat, dass auch heute noch Migranten und deren Folgegenerationen strukturell benachteiligt sind, beispielsweise auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder auch

im Bildungswesen. Zum Anderen verhinderte das jahrzehntelange, beständige bundespolitische Negieren multikultureller Realitäten in der Gesellschaft – Realitäten, die sich längst in Betrieben, Schulen und Kommunen abbildeten – die tiefer gehende Auseinandersetzung mit einer vielfältiger werdenden Einwanderungsgesellschaft.

Erst mit dem Paradigmenwechsel 1998 begann sich die deutsche Politik vom Abstammungsprinzip in Fragen der Staatsbürgerschaft zu verabschieden – weg vom *ius sanguinis* (Blutprinzip) hin zu einem *ius soli* (Territorialprinzip), was in der rot-grünen Staatsangehörigkeitsreform des Jahres 2000 mündete. Die ideologisch geführte Leitkulturdebatte, die diese Reform begleitete, zeugte auch damals schon von der politischen und gesellschaftlichen Polarisierung bei Themen, die das kulturelle Selbstverständnis der Nation betreffen.

In Bezug auf den muslimischen Teil der Bevölkerung trat seit 2001 durch die islamistischen Anschläge die Projektion einer Bedrohung hinzu und verstärkte ohnehin bereits bestehende Ablehnungshaltungen. Menschen muslimischen Glaubens wurden und werden auf ihre Religion reduziert, wobei „der Islam“ als homogener und monolithischer Block konstruiert und oft pauschal als fremd und rückständig diffamiert wird.

Eine Zäsur für die bundesrepublikanische Debatte stellte die Sarrazin-Debatte aus dem Jahr 2010 dar, die sich anhand des Buches „Deutschland schafft sich ab“ des damaligen Bundesbankvorstands und SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin entspann. Zusammengefasst lautete die Kernaussage, dass türkische, muslimische Mitbürger*innen aufgrund minderer Intelligenz und mangelnder Integration unproduktiv für die deutsche Volkswirtschaft seien, sich aber stärker vermehren, weshalb Deutschland sich auf lange Sicht abschaffe.

Diese rassistischen Thesen, vermengt mit einem rein nach ökonomischen Nutzen bewertenden Menschenbild, drangen mit Vehemenz in den öffentlichen Diskurs und fanden Anklang in der Bevölkerung. „Endlich sagt es mal einer“ war ein gängiges Argument derjenigen, die eine hemmen-

11 Vgl. Rommelspacher, Birgit: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Taunus 2009, S. 25–38, S. 32 f.

de politische Korrektheit geißelten, um unter dem Deckmantel einer freien Meinungsäußerung rassistische Narrative zu transportieren.

Die Folgen dieser Diskursverschiebung sind bis heute spürbar. Sie waren ein diskursiver Nährboden, der für das Aufkommen der AfD im Jahr 2013, deren „Gallionsfigur“ Sarrazin bis heute ist, fruchtbar war.¹² Durch die Aufrechterhaltung einer „Wir-Sie-Dichotomie“, die Muslime als unintegrierbaren „Fremdkörper“ darstellte, sie als nicht zugehörig markierte, und durch die meist negativen Konnotationen im Kontext von „Fundamentalismus“, „Parallelgesellschaft“ und „Integrationsverweigerern“ wurde ein Feindbild kreiert, das in ganz Europa von Rechtspopulisten und Rechtsextremen befeuert wird.

Die 2014 gegründete rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Bewegung „PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ist Ausdruck des antimuslimischen Rassismus, der gezielt das „christliche, westliche Europa“ dem „islamischen Orient“ entgegenstellt.

Die antimuslimischen Ressentiments verschärften sich noch in der seit 2015 verstärkt einsetzenden Asyl-Debatte, da die Schutzsuchenden in der Mehrheit aus muslimisch geprägten Ländern des Nahen Ostens stammten. Akteure der Neuen Rechten speisen seither vor allem über die sozialen Medien Fake News und verschwörungstheoretische Inhalte in den Diskurs ein, um Ängste und Bedrohungsszenarien zu schüren.

Wahlweise in brachialem Tonfall oder in subtilerer Form werden auch durch politisch gewählte Akteure des rechtspopulistischen Lagers rassistische und klassische rechtsextreme Einstellungen und Argumentationsmuster in die Mitte der Gesellschaft getragen, indem die Islam- und die Asyl-Debatte für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Dass dies Folgen hat, belegen die zweijährig durchgeführten Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der rechtsextreme Einstellungen repräsentativ abgefragt werden. Im Jahr 2016 stimmten zwar nur

8,7 Prozent der Befragten klassischen rassistischen Thesen zu, 19 Prozent der Befragten aber waren bereit, ausländischerfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Der Abwertung von Muslimen stimmen rund 19 Prozent der Bevölkerung zu, während 2016 jeder Zweite negativen Vorurteilen gegenüber über Geflüchteten zustimmte.¹³

Diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, auf die im Folgekapitel detaillierter eingegangen wird, basierten auf weit verbreitete Vorurteile, die den Sockel bilden, aus dem dann rechtspopulistische Einstellungen erwachsen können, bis hin zu Hasskriminalität und rassistisch motivierter Gewalt in der extremsten Form. Denn eine weitere wichtige Erkenntnis lautet: Was in der Mitte der Gesellschaft polarisiert diskutiert wird, hat Auswirkungen auf die Ränder und umgekehrt. Das belegt der schiefe Anstieg rechter Gewalt in den Jahren ab 2015. Allein in jenem Jahr wurden 924 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt.¹⁴ Vom Wort zur Tat.

Daher ist es wichtig, präventiv mit der Antirassismussarbeit schon da anzusetzen, wo rechtsextreme Einstellungen noch nicht gefestigt und manifest sind, also bei den latenten Vorurteilen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

2.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland

Dass sich die beschriebenen Abwertungs- und Ausgrenzungsmechanismen nicht auf vermeintlich kulturell fremde Menschen begrenzen muss, stellt das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den Vordergrund. Es verdeutlicht, dass Ablehnung, Abwertung und Ausgrenzung prinzipiell jeden Menschen treffen können, wenn er oder sie von anderen Menschen zu einer Gruppe zugeordnet wird, die als anders, fremd oder un-

12 Vgl. Walther, Rudolf: Am Anfang war Sarrazin, 11. März 2019, in URL: www.sueddeutsche.de/politik/neue-rechte-thilo-sarrazin-populismus-afd-1.4380151 (zuletzt aufgerufen 22.05.2019).

13 Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.

14 Vgl. Pro Asyl: 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge, online verfügbar unter: www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge/, zuletzt abgerufen am 26. Januar 2019.



normal abgelehnt wird.¹⁵ Dies kann sich in klassischem Rassismus oder Antisemitismus ausdrücken, kann aber auch in Form von Sexismus und Homophobie, der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung oder der Abwertung erwerbsloser und obdachloser Menschen auftreten. Dabei geht es wie im klassischen Rassismus darum, Hierarchien aufrechtzuerhalten bzw. sich selber aufzuwerten.

Diese latenten Vorurteile bilden, wie bereits erwähnt, den gesellschaftlichen Sockel in der Breite der Bevölkerung. Sie sind das Einfallstor, aus dem dann Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erwachsen und sich verfestigen können.

Die bereits zitierte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland

weit verbreitet ist. Lediglich 21 Prozent der Deutschen lehnten in der Befragung alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ab.¹⁶ Das bedeutet: Klassische rechtsextreme Einstellungen verschieben sich hin zu subtileren Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die Mitte-Studien zeigen auch, dass es keinen signifikanten Unterschied in den Einstellungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern gibt. Ebenso ziehen sich Abwertung und Ausgrenzung durch alle sozialen Schichten, auch wenn die Werte bei sozio-ökonomisch schwachen Milieus in der Tendenz höher sind.

Dies alles ist Grund genug, im Betrieb und in der Gesellschaft aktiv gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen, um von Anfang an ein diskriminierungsfreies Zusammenleben zu fördern.

¹⁵ Küpper, Beate/Zick, Andreas: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, online verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit, zuletzt abgerufen am 26. Januar 2019.

¹⁶ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.



3. RECHTEN PAROLEN ENTGEGENTRETEN – HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE BETRIEBLICHE PRAXIS

Jeder kennt die Situation – ob in der Straßenbahn, in der Umkleide oder in der Kantine: Man hört einen Spruch, eine Aussage, mit der man nicht einverstanden ist. Man will etwas entgegensetzen, aber man fühlt sich von der plumpen Parole irgendwie überrumpelt und weiß nicht so recht, wie man reagieren soll. Was bleibt, ist ein Gefühl der Ohnmacht und der Hilflosigkeit. Oft transportieren diese verkürzten populistischen Äußerungen Vorurteile und Ressentiments gegenüber Minderheiten – Muslime, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung. Die Äußerungen provozieren und polarisieren, denn es geht den Menschen, die solche Aussagen tätigen, nicht um ein differenziertes Bild der Situation, sondern meistens um Schwarz-Weiß-Malerei. Sie fühlen sich im Recht, sie meinen, ein „gesundes Volksempfinden“ zu vertreten, und wollen einfach mal „Dampf ablassen“.

Durch das aufgeheizte gesellschaftliche Klima der letzten Jahre, im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise, scheinen auch rassistische Äußerungen wieder salonfähig zu werden. Der öffentliche Diskurs hat sich nach rechts verschoben. Angefeuert wird dies durch negativistische mediale Debatten um den Islam, die Muslime und Flüchtlinge und durch die Instrumentalisierung dieser Themen durch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, die die Spirale der Hetze immer weiter drehen. Dies kann langfristig zur Erosion der Wertehaltung in einer demokratischen Gesellschaft führen. Deutlich zu beobachten ist dies – und das ist gerade für junge Auszubildende relevant – in den sozialen Medien, wo Hate Speech und Fake News nur zwei der Phänomene sind, die eine Bedrohung für eine demokratische Debattenkultur darstellen.

Diese Debatten, Diskussionen und Stammtischparolen finden auch Eingang in die Betriebe. Diese sind ein Spiegel der Gesellschaft. Die Arbeitswelt ist nicht entkoppelt im luftleeren Raum, sondern ein Teilsystem der Gesamtgesellschaft. Daher gilt es, den Auszubildenden kommunikatives Rüstzeug an die Hand zu geben, um in solchen Situationen,

in denen sie mit platten Parolen und Tiraden gegen „die Ausländer“ oder „die Flüchtlinge“ konfrontiert sind, etwas entgegensetzen zu können. Dabei ist wichtig zu beachten, dass es sich bei den Kolleg*innen, die solche Aussagen tätigen, zumeist eben nicht um geschulte Rechtsextremisten handelt, aber eben oft latente abwertende, autoritäre Denkmuster und rassistische Vorurteile vorhanden sind, die in der Breite der Gesellschaft existieren. Ziel muss es sein, dem offenen wie dem subtilen Rassismus unsere Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Solidarität entgegenzuhalten, um im Betrieb wie in der Gesellschaft ein gutes Miteinander zu fördern.

3.1 Rhetorische und kommunikative Mittel gegen rechte Parolen

Nicht immer braucht es eine Fülle an Fachwissen oder Expertise, um rassistischen Sprüchen oder Parolen zu begegnen. Oft gelingt dies schon durch einfache rhetorische und kommunikative Mittel, mit denen man ein deutliches Zeichen setzen kann.

Das Schwierige an einer Intervention in diesen Situationen ist die Notwendigkeit, aus unserem kuscheligen Wohlfühlzustand heraus in eine Konfrontation zu gehen. Bis dahin gehörten wir dazu, fühlten wir uns als sympathische Person klassifiziert. Das müssen wir aber aufgeben – und das ist nicht leicht. Unter Umständen folgen Angriffe wie: „Sei kein Sensibelchen“, „stell dich nicht so an“, „sei nicht so humorlos“ und so weiter. Es erfordert also Zivilcourage, auch im Kleinen, in solchen Debatten Position zu beziehen und Haltung zu zeigen.

Im Folgenden sollen einige grundsätzliche Diskursregeln und rhetorische Kniffe angeführt werden, um in solchen Diskussionen kommunikativ bestehen zu können.¹⁷

¹⁷ Grundlage dafür bildet die Broschüre „So nicht! Kleiner Ratgeber zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen“, die von „Mach' meinen Kumpel nicht an! e. V.“ im Jahr 2018 herausgegeben wurde.



Initiativ werden, Gespräch führen, Regeln herstellen

Oftmals handelt es sich bei solchen Diskussionen nicht um eine einzige Aussage oder These, die geäußert wird, sondern um regelrechte Tiraden, um einen Schwall an Informationen, bei denen der- oder diejenige munter von einem Thema zu nächsten springt: von der „gescheiterten Integration der Muslime“ zu den „kriminellen Flüchtlingen“ über „die abgehobenen Politiker, die das Volk nicht mehr wahrnehmen“, bis zum kommunalen Schwimmbad, das jetzt aufgrund mangelnder Gelder schließen muss – alles mehr oder weniger in einem Atemzug.

Oft artikuliert sich so eine grundsätzliche Unzufriedenheit, die manchmal auch ihre berechtigten Gründe hat. Es gilt jedoch in erster Linie, dieses „Parolen-Hopping“ nicht mitzumachen, sondern zu unterbrechen. Das kann durch gezieltes Nachfragen geschehen: „Das habe ich nicht verstanden. Kannst du das nochmal erklären?“ Damit hat der- oder diejenige nicht gerechnet, der/die „Aggressor*in“ bleibt oft verblüfft und perplex zurück. Eine weitere Möglichkeit ist, gezielt zu intervenieren und klar auf einem Thema zu beharren: „Halt, wir waren doch jetzt gerade bei diesem Thema!“

Ziel dabei ist es, die Kontrolle über das Gespräch zu gewinnen, um so selbst die Diskursregeln, also die Art und Weise, wie diskutiert wird, bestimmen zu können. Dies kann durch verbale Intervention geschehen, durch Sprechweise, Gesprächsverhalten und Sprache, aber auch durch non-verbale Kommunikation, also durch Körpersprache. Sich aufzurichten und auf festem Boden zu stehen, dabei langsam und betont zu sprechen, Fragen zu stellen, aber das Gegenüber auch ausreden zu lassen, können probate Mittel sein. Oft ist man in der Situation nicht allein mit dem/der „Provokateur*in“, es sind noch Kolleg*innen oder weitere Auszubildende im Raum. Auch sie sind Adressat*innen der Diskussion. Deswegen ist es wichtig, die Kontrolle über die Gesprächssituation zu erobern.

Tipps, wie man das umsetzen kann, sind:

- sich aufrichten
- kurze, klare Aussagen machen
- mit fester Stimme sprechen
- kurze, klare Sätze benutzen
- die Stimme am Satzende senken
- den Blickkontakt weg vom/von der „Aggressor*in“ und hin zur Gruppe wenden
- die Fortsetzung bestimmen

Sprachlosigkeit deutlich machen

Wenn rechte Sprüche von einer Kollegin oder einem Kollegen aus dem Ausbildungsjahr oder der Klasse kommen, kommen sie in der Regel aus heiterem Himmel. Die Situation deutet nichts Unangenehmes an und wir können kaum glauben, was wir gerade gehört haben. Wenn wir nicht weiter wissen, können wir einfach unsere eigene Verblüffung oder Sprachlosigkeit deutlich machen, z. B. durch Aussagen wie „Das hätte ich jetzt nicht erwartet“ oder „Meinst du das ernst?“. Auch ohne Worte kann man beim Gegenüber einen Impuls zum Innehalten und Nachdenken auslösen.

Eigene Wirkung im Blick haben

Mindestens genauso wichtig wie das, was das Gegenüber sagt, ist in solchen Situationen die eigene Wirkung, die man entfaltet. Gerade in aufgeheizten Diskussionen ist es notwendig, nicht zu stark zu personalisieren. Das bedeutet, Sätze mit Ich-Bezug – „ich habe gehört, dass...“, „mein Vater hat gesagt, dass...“ – eher zu vermeiden. Zum einen bieten sie Angriffsfläche, da man sich selbst verwundbar macht. Zum anderen wirken die Aussagen dadurch oft etwas weniger fundiert.

Besser sind daher allgemeine Aussagen wie „Fakt ist, dass...“ und klare Sachaussagen, z. B. „Ausländer zahlen mehr in die Sozialkassen, als sie bekommen“. So wirkt man auch in emotionalen Debatten sachlich-kompetent. Dabei sollte man aber nicht versuchen, jemand zu sein, der man nicht ist, z. B. indem man auswendig gelernte Fremdwörter

einstreut. Die Devise muss lauten: Authentisch bleiben! Nur Echtheit und Geradlinigkeit wirken überzeugend.

Wer von oben herab belehrend oder zu stark moralisierend wirkt, ruft sofort auf der anderen Seite Abwehrreaktionen hervor, sodass ein Austausch zu den getätigten Aussagen nicht mehr möglich ist. Man kann aber selbst mit Moral argumentieren, ohne dabei zu moralisieren. Es ist durchaus sinnvoll, sich auch in solchen Alltagsdiskussionen auf große, allgemeingültige Werte wie das Grundgesetz oder die Menschenrechte zu beziehen.

„Wir und Die“-Konstruktionen auflösen

„Die Ausländer“, „die Muslime“, „die Türken“ – die Pauschalität ist ein charakteristisches Merkmal rassistischer Parolen. Daher ist es wichtig, die konstruierte Gegensätzlichkeit aufzulösen, z. B. indem man erwidert, dass es im Jahr 2019 deutsche Muslime gibt und dass „Deutsch-Sein“ und „Muslim-Sein“ kein Widerspruch ist.

Oft ist es wirksam die Aussagen von der anonymen Masse zum Individuum zu lenken: „Du schimpfst über die Türken, aber Ali bei dir auf der Schicht ist auch Türke und der ist doch dein Freund.“ In diesem Moment wird der Widerspruch der rechten Denklöge offensichtlich.

Helfen kann dabei auch ein Perspektivwechsel. Bei der Diskussion um Geflüchtete kann dies ein Weg sein, um Empathie und Mitgefühl zu wecken: „Was würdest du tun, wenn dein Leben und das der Familie durch Krieg bedroht wäre?“

Fakten bleiben Fakten

In Zeiten von Fake News und gezielter Desinformation wird es immer schwieriger und unübersichtlicher, sich auf Fakten zu berufen. Es scheint, als würde jeder sich seine eigene Welt, seine eigene Faktenlage zurechtbauen. Filterblasen in den sozialen Medien verstärken dieses Phänomen.

Dennoch gibt es immer noch seriöse Quellen und allgemeingültige Fakten. Wenn Unwahrheiten oder Widersprüche auffallen, dann sollte man dies auch unmissverständlich anführen.

„In Deutschland leben mittlerweile 20 Mio. Muslime. Wir werden islamisiert!“

„Nein, es sind im Jahr 2018 ca. 5 Mio. Muslime laut Statistischem Bundesamt. Und Deutschland hat insgesamt 82 Mio. Einwohner. Von Islamisierung kann also nicht die Rede sein.“

Ein Grund für solche pauschalen Abwertungen und populistischen Äußerungen kann oftmals die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage oder der sozialen Situation sein. Rechtspopulisten versuchen geschickt, die sozialen Bedrohungen zu kulturalisieren oder zu ethnisieren. Sie vermischen soziale und kulturelle Konflikte, um die Gruppen gegeneinander auszuspielen und die Gesellschaft zu spalten. Die diesbezüglich gängigste Parole ist: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

Heutzutage kommen die Aussagen in subtilerem Gewand daher, dennoch handelt es sich um die Verquickung von sozialen und kulturellen Ängsten nach dem Schema „dir wird etwas weggenommen, wenn Geflüchtete kommen“. Diese unzulässige Vermengung muss im Gespräch aufgelöst werden, die Probleme müssen richtig verortet und adressiert werden. D. h., soziale Probleme sind soziale Probleme, keine kulturellen. Dass z. B. der Wohnungsmarkt überteuert ist und es zu wenig Sozialbauten gibt, ist nicht Schuld der „Flüchtlinge“, sondern Folge einer jahrzehntelang verfehlten Sozialpolitik. Darüber kann und sollte man dann diskutieren – ohne rassistische Ressentiments.

Brücken bauen, Grenzen setzen

Wie zu Beginn gesagt, handelt es sich bei den Provokateur*innen am Arbeitsplatz meistens nicht um argumentativ geschulte, ideologisch versierte Rechtsextremisten. Es sind oft Kolleg*innen, Klassenkamerad*innen im selben Ausbildungsjahr, die latente, rechtsautoritäre Einstellungsmuster aufweisen, aber oftmals, gerade wenn es sich um junge Menschen handelt, noch kein gefestigtes ideologisches Weltbild haben. In solchen Fällen kann oder sollte man versuchen, in den Dialog zu kommen. Dies funktioniert, indem man sprachliche Brücken baut durch Aussagen wie „ich verstehe dich, aber...“ oder „betrachten wir das mal in



Ruhe“. Das weicht die starre Konfrontation auf und man kann, sollten Emotionen hochkochen, auf diese Weise „Dampf“ aus der Diskussion nehmen.

Wo Brücken gebaut werden, gibt es aber auch Grenzen. Bei menschenverachtenden Äußerungen oder der Relativierung oder gar Glorifizierung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft sind inhaltliche und im Zweifel sogar strafrechtliche Grenzen erreicht.¹⁸ Hier gilt es, als Demokrat*innen Haltung und klare Kante zu zeigen. Hier ist kein Gespräch möglich, und es sollte dann auch beendet werden.

Unentschlossene überzeugen, Solidarität organisieren

Wie bereits erwähnt, ist man in solchen Face-to-Face-Situationen nicht alleine mit dem/der „Kontrahent*in“, sondern es befinden sich oft noch weitere Personen in Sicht- und Hörweite. Oftmals wirken sie unbeteiligt, sie schweigen, mischen sich nicht ein – dennoch sind sie Beteiligte der Kommunikationssituation. Es ist zum einen wichtig, durch die eigene Intervention auch den Unentschlossenen drum herum zu zeigen, dass die rassistische Aussage des einen Kollegen oder der Kollegin nicht die einzig gültige Wahrheit im Raum ist. Das eigene mutige Auftreten und die schlüssigen Gegenargumente wirken auf sie beeindruckend und überzeugend. Darüber hinaus sollte man versuchen, durch Blickkontakt oder gezielte Aufforderung, Solidarität zu organisieren, um auch auf diese Weise der/dem „Parolenwerfer*in“ zu signalisieren, dass seine Ansichten nicht die Meinung der Mehrheit im Raum widerspiegeln. Bleiben Tabubrüche unwidersprochen, verschieben sich ganz langsam die Grenzen der Debattenkultur. Dieser Entwicklung muss man auch im Kleinen entgegenwirken.

Ansprüche runterschrauben, langfristige Wirkung beachten

Letzten Endes ist es weniger das Ziel, durch die einmalige Erwiderung oder Intervention beim Gegenüber einen sofortigen Sinneswandel auszulösen und ihn von den eigenen Ansichten zu überzeugen.

¹⁸ Gemeint sind hier vor allem die Straftatbestände der Beleidigung, der üblen Nachrede und der Bedrohung sowie der Volksverhetzung, die die rote Linie markieren, die nicht überschritten werden darf.

Das wird im Zweifel nicht passieren. Der Mensch vermeidet kognitive Dissonanzen. Das bedeutet, der Mensch hört lieber Dinge, die ihn in der eigenen Meinung bestätigen, damit keine „Missklänge“ bzw. „Widersprüche“ entstehen. Daran ändert auch eine einmalige Konfrontation wenig.

Daher gilt es, die Ansprüche herunterzuschrauben. Wichtiger erscheint die langfristige Wirkung. Denn auch die kleinste Intervention vermag es, beim Gegenüber im Nachhinein einen Denkprozess auszulösen, bei dem er oder sie das Verhalten überdenkt.

3.2 Rechte Sprüche inhaltlich entkräften – Gegenargumente und Fachwissen

Es gibt Thesen, Parolen und populistische Aussagen, die in Reinform oder in leicht modifizierter Variante immer wieder in den Diskussionen vorkommen. Oft wird mit falschen oder verkürzenden Behauptungen und schlichter Desinformation versucht, Stimmung zu machen. Während im ersten Teil vor allem gezeigt werden sollte, wie man sich kommunikativ und rhetorisch in der Diskussion verhalten sollte, sollen hier zur Unterfütterung der Argumentation auch einige Fakten und Informationen geliefert werden.

Auch wenn man nicht immer mit Fakten durchdringen mag, ist es nie schlecht, sie in einer Diskussion parat zu haben. In den Fußnoten zu den jeweiligen Fakten findet man die Quellen und Seiten, aus denen die aktuellen Zahlen, Daten und Statistiken stammen, um sie gegebenenfalls selbst nachschlagen zu können. Hier werden im Folgenden daher ein paar gängige Vorurteile aufgezeigt und sodann inhaltlich wie argumentativ entkräftet.

1. Flucht und Asyl

„Von wegen Asylbewerber. Das sind doch alles Wirtschaftsflüchtlinge! Daher verstehe ich nicht, warum die Menschen hier herkommen dürfen. Denen muss dort geholfen werden.“

- Laut UNHCR, dem Hohen Flüchtlingsrat der Vereinten Nationen, waren im Jahr 2018 rund 68,5 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht.



- Davon gelangten die meisten nicht nach Europa, sondern befanden sich in benachbarten Anrainerstaaten und Transitländern. Die Hauptaufnahmeländer waren die Türkei (3,5 Mio.), Pakistan (1,4 Mio.) und der Libanon (rund 1 Mio. Geflüchtete im Land). Im Falle des Libanon kommen diese Million auf rund 6 Mio. einheimische Einwohner.¹⁹
- Die Hauptherkunftsländer der Asylbewerber*innen in Deutschland im Jahr 2018 waren Syrien und der Irak²⁰. In beiden Ländern herrscht seit Jahren Bürgerkrieg. Insgesamt haben inner- und zwischenstaatliche Konflikte im letzten Jahrzehnt weltweit zugenommen. Auch in Ländern Afrikas, wie Eritrea, dem Südsudan oder Nigeria, wo z. B. die islamistische Terrorgruppe „Boko Haram“ ihr Unwesen treibt, sind die politischen Verhältnisse instabil. Vertreibung, Repression und Gewalt sind allgegenwärtig, was neben wirtschaftlicher Not, Hunger und Dürre die Menschen zur Flucht treibt.
- Innerhalb von Europa ist Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Stärke und Größe das Hauptaufnahmeland. Aber stark belastet sind gemessen an ihrer Einwohnerzahl auch Schweden oder die Mittelmeeranrainerstaaten Italien, Griechenland, Malta und Spanien.²¹
- Im vergangenen Jahr starben auf dem Mittelmeer laut UNHCR mehr als 2.200 Flüchtlinge bei der Überfahrt nach Europa. Hauptzielland war Spanien.²²
- Wirtschaftliche Not und Armut mögen keine *legalen* Fluchtgründe sein. Dennoch muss man die Frage stellen, ob die Hoffnung auf ein würdiges Leben nicht ein *legitimer* Grund ist, seine Heimat zu verlassen.
- Migration gilt es, politisch auf europäischer wie auf nationaler Ebene zu steuern und zu regeln. Das geschieht auch durch vielfältige Maßnah-

men wie z. B. die Fluchtursachenbekämpfung und die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch durch Abkommen mit Partnerländern wie das (umstrittene) Abkommen der EU mit der Türkei. Letztlich dient auch der im Dezember 2018 angenommene UN-Migrationspakt der globalen Steuerung und Ordnung der Migration.

- Eine einheitliche europäische Lösung gestaltet sich jedoch aufgrund der Blockade-Haltung vor allem mittel- und osteuropäischer Staaten mit rechtskonservativen, nationalistischen Regierungen als schwierig.

2. Sozialpopulismus

„Ich habe das Gefühl, wir sind hier das Sozialamt der Welt. Die Flüchtlinge leben auf unsere Kosten in Saus und Braus. Was ist mit den deutschen Obdachlosen? Und am Ende ist kein Geld da für Schulen, Straßen oder öffentliche Schwimmbäder.“

- Asylbewerber*innen, die sich im Verfahren befinden, beziehen in der Tat staatliche Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die aktuelle Höhe der Grundleistungen nach dem AsylbLG ist mit 354 Euro pro Monat pro alleinstehende erwachsene Person rund 15 Prozent niedriger als die Leistungshöhe nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) mit 424 Euro pro Monat (Stand: 1.1.2019).²³ Solange sie in der Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen, umfassen die Leistungen:
 - den sogenannten „notwendigen Bedarf“: Nahrung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Haushaltswaren,
 - Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt,
 - „Taschengeld“ für den persönlichen Bedarf: 135 Euro bei alleinstehenden Leistungsberechtigten.²⁴

19 Vgl. UNHCR: Zahlen im Überblick, in URL: www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/zahlen-im-ueberblick (26.02.2019).

20 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Schlüsselzahlen Asyl, in URL: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schuelsselzahlen-asyl-halbjahr-2018.pdf?__blob=publicationFile.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. Mehr als 2.200 Flüchtlinge ertrunken (03.01.2019), in URL: www.tagesschau.de/ausland/unhcr-fluechtlinge-mittelmeer-101.html.

23 Vgl. Flüchtlingsrat Thüringen: Flucht und Asyl. Basiswissen, in URL: www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/basiswissen/welche-sozialen-leistungen-erhalten-fluechtlinge.

24 Vgl. Mediendienst Integration: Welche Leistungen stehen Asylbewerber zu?, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/migrationflucht-asylversorgung.html>.



- Deutschland ist ein reiches Land und hat daher auch eine moralische und humanitäre Verantwortung. Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen lagen im Jahr 2018 bei einem Rekordüberschuss von 58 Mrd. Euro.²⁵ Die Arbeitslosenquote lag 2018 im Durchschnitt bei 5,2 Prozent.²⁶
- Die Arbeitsmarktintegration macht Fortschritte: Im Jahr 2018 hatte jede/r vierte Geflüchtete einen sozialversicherungspflichtigen Job und zahlte demnach in die Sozialkassen ein.²⁷
- Asyl ist ein Grundrecht und zunächst unabhängig von der Erwerbsmigration zu betrachten. Dennoch: Deutschland hat einen Fachkräftemangel, der nicht ohne Migration aufgefangen werden kann. Die deutsche Wirtschaft braucht also den regulären Zuzug von Migranten. Damit die Wirtschaft nicht einbricht, braucht das Land laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2060 jährlich mindestens 260.000 Einwanderer.²⁸
- Das es auch deutsche Arme gibt, steht außer Frage, aber die Gruppen nach ethnischen Konfliktlinien gegeneinander auszuspielen, hilft keinem. Soziale Probleme sind daher als soziale Probleme zu benennen und nicht kulturell aufzuladen.

3. Überfremdung

„Wir sind hier langsam fremd im eigenen Land. Es gibt zu viele Ausländer. Vor allem der Islam hat zu viel Einfluss. Das passt einfach nicht zu unserer deutschen Kultur.“

- Zu den Fakten: 2017 lebten in Deutschland rund 19,3 Millionen Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Das entspricht 23,6 Prozent der Bevölkerung.

25 Vgl. Deutscher Staat meldet 58 Milliarden Euro Überschuss (21.02.2019), in URL: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-meldet-58-milliarden-euro-ueberschuss-a-1254546.html.

26 Vgl. Arbeitslosenzahlen auf Rekordtief (04.01.2019), in URL: www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahl-123.html.

27 Vgl. Jeder vierte Flüchtling hat einen Job (31.05.2018), in URL: www.tagesschau.de/inland/fluechtling-arbeitsmarkt-103.html.

28 Vgl. Bertelsmann Stiftung: Deutscher Arbeitsmarkt auf außer-europäische Zuwanderung angewiesen, in URL: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/februar/deutscher-arbeitsmarkt-auf-aussereuropaeische-zuwanderung-angewiesen/.

- Mehr als 9,8 Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass. Rund 9,4 Millionen sind Ausländer. 13 Millionen haben „eigene Migrationserfahrung“, sind also im Ausland geboren und eingewandert.
- Von den 19,3 Millionen „Menschen mit Migrationshintergrund“ stammen 14 Prozent aus der Türkei (rund 2,8 Millionen; davon hat ca. die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit), 11 Prozent aus Polen (rund 2,1 Millionen), 7 Prozent aus der Russischen Föderation (rund 1,4 Millionen). 2017 kam die Mehrheit der Zuwanderer aus Europa. Von den rund 1,55 Millionen Zugezogenen waren laut Migrationsbericht 53,4 Prozent EU-Bürger. Die meisten kamen aus Rumänien (ca. 230.000).
- Einer Hochrechnung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge lebten Ende 2015 rund 4,4 bis 4,7 Mio. Muslime in Deutschland. Weitere Schätzungen gehen von 4,9 Mio. aus. Das sind rund 5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland.²⁹
- Das zeigt: Deutschland ist ein Einwanderungsland – schon seit den 1950er-Jahren und der Gastarbeiter-Anwerbung, auch wenn dies bis in die 1990er-Jahre von der Politik negiert wurde. Diese späte Beachtung der Migrationsrealität führte zu sozialen Verwerfungen, sodass Migranten auch in den Folgegenerationen Benachteiligung z. B. im Bildungswesen oder auf dem Arbeitsmarkt erfahren.
- Die Annahme, es gebe ein homogenes Volk, ist eine völkisch-nationalistische Konstruktion. Gesellschaften waren schon immer heterogen und pluralistisch. Kultur ist auch nie statisch, sondern immer dynamisch.
- Durch Migration wird niemandem die Identität genommen, im Gegenteil: Vielfalt kann eine Bereicherung darstellen.
- Menschen müssen immer als Individuen wahrgenommen werden. Ihnen pauschal aufgrund der Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis oder

29 Vgl. Mediendienst Integration: Bevölkerung, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>. Vgl. Mediendienst Integration: Wer kommt, wer geht, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html>.



einer Ethnie Charaktereigenschaften zuzuweisen, ist nichts anderes als Rassismus.

4. Kriminalität

„Die Kriminalität im Land hat durch den Zuzug von Migranten stark zugenommen. Das ist Fakt. Deutschland ist nicht mehr sicher – Terrorismus, Vergewaltigungen, Einbrüche. Das sind meistens Ausländer.“

- Durch schreckliche und medial stark rezipierte Gewalttaten von Migranten ist die gesellschaftliche Stimmung bei diesem Thema sehr aufgeheizt. Allerdings gibt ein sachlicher Blick auf die Statistik diese Wahrnehmung nicht wieder. 2017 sind in Deutschland fast zehn Prozent weniger Verbrechen erfasst worden als im Vorjahr – der stärkste Rückgang seit mehr als 20 Jahren.³⁰
- Die Zahl der Tatverdächtigen sank laut der Statistik um 10,5 Prozent auf 2,11 Mio. Davon waren 736.265 Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen – ein Minus von 22,8 Prozent.³¹
- Statistiken zur Ausländerkriminalität sind schwierig zu interpretieren: Die besondere soziale Lage und der Altersdurchschnitt der Bevölkerungsgruppe „Ausländer“ werden statistisch nicht berücksichtigt. Junge Männer werden häufiger straffällig als andere Bevölkerungs-

gruppen, auch schwierige Lebensbedingungen, wie ein erschwerter Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, erhöhen das statistische Risiko, Straftaten zu begehen.

- Es gibt keinen wissenschaftlich belegten kausalen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft.
- 2017 lag die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer nach dieser Definition bei etwa 167.000 Menschen (ohne aufenthaltsrechtliche Straftaten wie etwa illegale Einwanderung). Das sei ein tendenzieller Rückgang der Zahlen, so das Bundesinnenministerium.
- Straftaten, bei denen Zuwanderer häufig verdächtigt wurden, sind Diebstahl, Körperverletzung und Vermögens- und Fälschungsdelikte.
- Unabhängig von der Staatsangehörigkeit gilt: Bei jungen Männern ist das Risiko, straffällig zu werden, besonders hoch. Das spiegelt sich auch in der Kriminalstatistik wider: 66 Prozent der tatverdächtigen Zuwanderer waren unter 30 Jahre alt.
- 2017 wurden laut dem Bundesinnenministerium 19.467 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert. Das entspricht etwa der Hälfte aller Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität.³²

30 Vgl. Zahl der Straftaten in Deutschland um fast zehn Prozent gesunken, in URL: www.spiegel.de/panorama/justiz/deutschland-kriminalstatistik-2017-zahl-der-straftaten-gesunken-a-1204160.html.

31 Vgl. BMI: Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017, in URL: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3#page=10.

32 Mediendienst Integration, Kriminalität in der Einwanderungsgesellschaft, in URL: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/kriminalitaet.html>.



4. SCHLUSSBEMERKUNG

Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auch vor den Werkstoren nicht Halt macht. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rassistische Vorurteile sind weit verbreitet. Der Arbeitsplatz muss daher als Handlungsfeld anti-rassistischer Aktivitäten erkannt und genutzt werden. Die vorliegende Handreichung hat zunächst einen Überblick über Geschichte, Ursachen und Ausformungen von Rassismus gegeben, um dann im zweiten Teil Handlungsmöglichkeiten für die

betriebliche Praxis anhand konkreter Gesprächssituationen aufzuzeigen.

Demokratie beginnt im Kleinen und muss tagtäglich von jedem Einzelnen gelebt werden. Auf diese Weise kann ein solidarisches Miteinander entstehen, das Vielfalt und Pluralität wertschätzt und Diskriminierung und Rassismus im Betrieb wie in der Gesellschaft verhindert.

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung: Deutscher Arbeitsmarkt auf außereuropäische Zuwanderung angewiesen, in URL: www.bertelsmannstiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/februar/deutscher-arbeitsmarkt-auf-aussereuropaeische-zuwanderung-angewiesen/.

BMI: Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017, in URL: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3#page=10.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Schlüsselzahlen Asyl, in URL: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schluesselfzahlen-asyl-halbjahr-2018.pdf?__blob=publicationFile.

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt 1996, S. 124.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Bundestagswahl 2017. So haben GewerkschafterInnen gewählt, in URL: www.dgb.de/themen/++co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a.

FAZ: Gauland: Hitler nur „Vogelschiss“ in der Geschichte, in URL: www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html.

Flüchtlingsrat Thüringen: Flucht und Asyl. Basiswissen, in URL: www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/basiswissen/welche-sozialen-leistungen-erhalten-fluechtlinge.

Hall, Stuart: „Rasse“, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante, Hamburg 1994, S. 127.

Kolb, Matthias: Sechs Grafiken, die den Erfolg der AfD erklären, in: Süddeutsche online vom 25. September 2017, online verfügbar unter: www.sueddeutsche.de/politik/afd-bei-bundestagswahl-sechs-grafiken-die-den-erfolg-der-afd-erklaeren-1.3681714.

Kraske, Michael: Der Code der Neuen Rechten, 11. Dezember 2016, in URL: <https://uebermedien.de/10759/der-code-der-neuen-rechten/>.

Küpper, Beate/Zick, Andreas: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, online verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit.

Mbembe, Achille: Kritik der schwarzen Vernunft, Berlin 2014, S. 110–124.

Mediendienst Integration, Kriminalität in der Einwanderungsgesellschaft, in URL: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/kriminalitaet.html>.

Mediendienst Integration: Bevölkerung, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>.

Mediendienst Integration: Welche Leistungen stehen Asylbewerbern zu?, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/migrationflucht-asylversorgung.html>.

Mediendienst Integration: Wer kommt, wer geht, in URL: <https://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html>.

Memmi, Albert: Rassismus, Frankfurt a. M. 1987, S. 164.

Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Taunus 2009, S. 25–38.

Pro Asyl: 2015: Dramatischer Anstieg von Gewalt gegen Flüchtlinge, online verfügbar unter: www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge/.

Rommelpacher, Birgit: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl., Bonn 2011.

Spiegel online: Deutscher Staat meldet 58 Milliarden Euro Überschuss (21.02.2019), in URL: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-meldet-58-milliarden-euro-ueberschuss-a-1254546.html.

Spiegel online: Zahl der Straftaten in Deutschland um fast zehn Prozent gesunken, in URL: www.spiegel.de/panorama/justiz/deutschland-kriminalstatistik-2017-zahl-der-straftaten-gesunken-a-1204160.html.

Spohr, Frederic: Der schleichende Völkermord an den Rohingya, in: Zeit online vom 18. Mai 2015, online verfügbar unter: www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/rohingya-myanmar-fluechtlinge.

Tagesschau: Arbeitslosenzahlen auf Rekordtief (04.01.2019), in URL: www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahl-123.html.

Tagesschau: Jeder vierte Flüchtling hat einen Job (31.05.2018), in URL: www.tagesschau.de/inland/fluechtling-arbeitsmarkt-103.html.

Tagesschau: Mehr als 2200 Flüchtlinge ertrunken (03.01.2019), in URL: www.tagesschau.de/ausland/unhcr-fluechtlinge-mittelmeer-101.html.

UNHCR: Zahlen im Überblick, in URL: www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/zahlen-im-ueberblick.

Walther, Rudolf: Am Anfang war Sarrazin, 11. März 2019, in URL: www.sueddeutsche.de/politik/neue-rechte-thilo-sarrazin-populismus-afd-1.4380151.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.

Zuber, Johannes: Gegenwärtiger Rassismus in Deutschland. Zwischen Biologie und kultureller Identität, Göttingen 2015, S. 62–66.





MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 43 01-193
Fax: 0211 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de

SEB AG Düsseldorf

BIC: ESSEDE5F300

IBAN: DE10 3001 0111 1030 3438 00

Fördermitgliedschaft

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt 36 Euro, 50 Euro, 60 Euro, 75 Euro, 100 Euro, Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Geburtsdatum*:

Organisation/
Gewerkschaft*:

Funktion*:

Telefon*:

E-Mail

*freiwillig Angaben

Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

Einverständniserklärung „Aktiv für Chancengleichheit“
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ich bin damit einverstanden Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied im Magazin/ Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Wir weisen Dich darauf hin, dass deine im Magazin/Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ veröffentlichte Daten auch in Staaten abrufbar sind, die keine der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Datenschutzbestimmungen kennen und in denen die Vertraulichkeit, die Integrität (Unverletzlichkeit), die Authentizität (Echtheit) und die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten nicht garantiert ist. Deine Einwilligung kannst Du jede Zeit widerrufen.

SEPA-Lastschriftmandat

(Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V., Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF00000595799

Ich ermächtige „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:

Straße:

PLZ/Ort:

IBAN:

BIC:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Einwilligungserklärung Datenverarbeitung

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten von dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Fördermitgliedschaft stehenden Aufgaben zur Fördermitgliederverwaltung, -betreuung, -information sowie des Beitragsinzugs im erforderlichen Umfang erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt ausschließlich zum Zweck der Umsetzung der oben genannten Aufgaben. Eine darüber hinaus gehende Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Mir ist bekannt, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung der vorbenannten Angaben freiwillig erfolgt und jederzeit durch mich ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Ort/Datum:

Unterschrift:



**Mach meinen Kumpel nicht an! –
für Gleichbehandlung, gegen Rassismus
und Fremdenfeindlichkeit e.V.**

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf





MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung bleibt ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ungleichbehandlung in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt. Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer Webseite holen. Dort warten auf Dich u.a. unser Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die Good Practice Datenbank. Hier findest Du Informationen zu Initiativen und Projekten aus Gewerkschaften, Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Berufsschulen/-kollegs, aber auch Bildungsangebote der Gewerkschaften und viele Studien und Handreichungen.

Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule, Dein Berufskolleg oder Betrieb können an unserem Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Deine Gewerkschaft, Deine Berufsschule oder Dein Berufskolleg bieten wir Veranstaltungen und Vorträge rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln Bildungsmaterialien, Unterrichtseinheiten und Lernmodule (www.unterrichtsmaterial.gelbehand.de), die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wir beraten Dich gerne auch telefonisch.

Zeichen setzen

Unser Logo, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere Anstecker, Aufkleber und Fahnen eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.

Fachstelle „Junge Aktive“

Unsere Fachstelle „Junge Aktive“ spezialisiert sich auf die betriebliche und gewerkschaftliche antirassistische Jugendarbeit. Sie bietet Dir Beratung und Unterstützung in Deinem Engagement in der Ausbildung, Berufsschule und in der Gewerkschaftsjugend. Wir entwickeln Vorträge, Workshops und Projekte ausgerichtet an die Rahmenbedingungen bei Dir vor Ort. Wir helfen Dir, Dich mit anderen jungen Aktiven zu vernetzen und auszutauschen.



Unterstütze uns!

Unser Verein wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und ist somit eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Der Verein wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften unterstützt. Wir setzen uns für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt ein.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende, durch die Werbung weiterer Förder*innen, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Unsere Bankverbindung:

NORD / LB

BIC: NOLADE2H

IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.**

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand